

DIE WELTWOCHEN

Buddhisten verfolgen Christen

Myanmars Militärdiktatur macht Jagd auf Minderheiten.
Die Weltöffentlichkeit bleibt seltsam still.

Giuseppe Gracia

Abseits der Aufmerksamkeit westlicher Medien und Politiker wütet in Myanmar seit Jahrzehnten ein Bürgerkrieg, angeheizt durch den buddhistischen Nationalismus einer brutalen Militärelite. Die Folgen sind für die christliche Minderheit verheerend.

Die Gewalt gegen christliche Gemeinschaften hat massiv zugenommen, seit Myanmars nationalistisches Regime die hybride Regierungsvereinbarung mit den demokratischen Kräften der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aufgehoben hat. Seither herrscht Krieg gegen die prodemokratische Bewegung und gegen die ethnischen und religiösen Minderheiten im Land.

Seit längerem versucht man, die nationale Einheit auf der Grundlage der Vorherrschaft der burmesischen Ethnie und des Buddhismus durchzusetzen, gegen die Minderheiten, die rund einen Drittel der Bevölkerung ausmachen, 6 Prozent davon Christen. Diese sind, wie auch der muslimische Stamm der Rohingya, grausamen Säuberungsaktionen ausgesetzt. Das treibt die Menschen in den Busch, in Flüchtlingslager oder Siedlungen der Nachbarländer Thailand, Bangladesch und Indien. Dort gibt es wenig Nahrung und Gesundheitsdienste, auch keine Bildungs- und

Beschäftigungsmöglichkeiten. Myanmars Militärmachthaber sind bestrebt, die ethnisch und religiös Unerwünschten verarmt, unterentwickelt und machtlos zu halten.

Die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) organisiert Nothilfeprogramme für Binnenflüchtlinge, auch Bildungsprogramme, und informiert Politik und Medien regelmässig über die aktuelle Lage. Doch auch in der Schweiz stösst das Drama in Myanmar auf wenig Interesse. Was ist der Grund?

Es besteht Hoffnung

Viele Medien folgen den geopolitischen Prioritäten der westlichen Grossmächte. Vor diesem Hintergrund besteht mehr Interesse am Krieg in der Ukraine, an den Spannungen zwischen dem Westen einerseits und Russland und China andererseits oder am Krieg zwischen Israel und der Hamas. Neben Myanmar bleibt überhaupt die Christenverfolgung ein Randthema.

Das Christentum wurde ursprünglich im 17. Jahrhundert in das heutige Gebiet von Myanmar gebracht, von katholischen Priestern aus Portugal, dann im 19. Jahrhundert von weiteren Missionaren aus Europa und den USA, unter dem Schutz der britischen Kolonialherren. Ein Schutz, der von der birmanisch-buddhistischen Elite missbilligt und nach der Unabhängigkeit im Jahr 1948 bekämpft wurde.

Entstanden ist eine Militärdiktatur, welche die Missionare und Christen im Land verfolgte. Dies hat sich 2021 verschärft, mit dem Zusammenbruch der gemischten Militär- und Zivilregierung. Allein aus der Region Sagaing, wo Hunderte von Dörfern ganz oder teilweise zerstört wurden, wurden letztes Jahr 816 500 Frauen, Kinder und Männer vertrieben oder getötet.

Dennoch ist die Lage nicht hoffnungslos. 2023 haben China und die Vereinigten Staaten hinter den Kulissen zusammengearbeitet, um Druck auf die Militärdiktatur Myanmars auszuüben. Man möchte eine Koalition aus ethnischen Minderheiten und prodemokratischen Birmanen. Die Grossmächte sind am Frieden interessiert, weil sie Wirtschaftswachstum brauchen und der Bürgerkrieg dies verhindert. Deutschland, als Teil der von den USA geführten westlichen Allianz, handelt ebenfalls im Einklang mit Washington, um die Militärdiktatur zu Verhandlungen mit der inländischen Opposition zu zwingen.

Der internationale Druck muss erhöht werden, soll sich die Situation für die Verfolgten verbessern.

Ist es möglich, dass die Militärmachthaber die Opposition nicht nur zu Verhandlungen auffordern, wie sie dies bisher ohne ernsthafte Absicht taten, sondern dass sie in einen Dialog treten, damit die Anliegen der Minderheiten und der prodemokratischen Gruppen Gehör finden? Mit dem Ausschluss Myanmars von der Führung des regionalen Asean-Blocks im Jahr 2026 sendet die internationale Gemeinschaft inzwischen eine klare Botschaft. Der internationale Druck muss erhöht werden, soll sich die Situation für die Hunderttausende von Verfolgten und Unterdrückten verbessern. Dazu braucht es dringend auch eine grössere, lautere Öffentlichkeit.